

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Andreas Otto (GRÜNE)**

vom 11. Juni 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juni 2018)

zum Thema:

Organisationsuntersuchung Hochbauämter

und **Antwort** vom 21. Juni 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Jun. 2018)

Herrn Abgeordneten Andreas Otto (GRÜNE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/15 292
vom 11. Juni 2018
über Organisationsuntersuchung Hochbauämter

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie ist der Arbeitsstand der mit Drs. 18/0989 beschlossenen „Organisationsuntersuchung der für Hochbau zuständigen Serviceeinheiten der Bezirke“?

Zu 1.: Die Beauftragung der Untersuchung läuft.

2. Wer führt diese Organisationsuntersuchung durch, welche Senatsverwaltungen sind mit Aufgabenformulierung und Begleitung befasst?

Zu 2.: Die Organisationsuntersuchung wird unter Federführung der Senatsverwaltung für Finanzen, unter Einbindung der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH und eines noch zu beauftragenden Dienstleisters durchgeführt. Die Aufgabenformulierung und Begleitung erfolgt durch die Senatsverwaltung für Finanzen.

3. Wie ist der Zeitplan der Organisationsuntersuchung?

Zu 3.: Der Zeitplan der Organisationsuntersuchung sieht vor, dem Abgeordnetenhaus - wie erbeten - zum 30. September 2018 zu berichten.

4. Wie ist die Aufgabenstellung formuliert?

Zu 4. Die Aufgabenstellung ist noch nicht abschließend formuliert, wird sich aber eng an den Auftrag des Abgeordnetenhauses halten, anhand geeigneter Kennzahlen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Serviceeinheiten berlinweit zu ermitteln, die Vergleichbarkeit untereinander herzustellen und Verbesserungen mit Blick auf die bevorstehenden Baumaßnahmen vorzuschlagen (Maßnahmenplan).

5. Wie wird die Frage der Nutzung von Building Information Modeling – Systemen (BIM) durch die Hochbauämter im Rahmen der Organisationsuntersuchung thematisiert? Wird der Investitionsbedarf für BIM-Systeme erfasst?

6. Welche Kriterien im Bereich „Nachhaltiges Bauen“ sollen im Rahmen der Organisationsuntersuchung geprüft und ggf. durch die Ämter erfüllt werden? Wird der Qualifizierungsaufwand ermittelt?

7. Welche Kriterien im Bereich „Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen“ sollen im Rahmen der Organisationsuntersuchung geprüft und ggf. durch die Ämter erfüllt werden? Wird der Qualifizierungsaufwand ermittelt?

8. Welche Kriterien im Bereich „Bauen mit Holz“ sollen im Rahmen der Organisationsuntersuchung geprüft und ggf. durch die Ämter erfüllt werden? Wird der Qualifizierungsaufwand ermittelt?

9. Wie wird die Zertifizierung nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) in der Organisationsuntersuchung thematisiert?

Welche Zertifizierungsstrukturen (BNB) in Senat und Bezirken sind in dem Zusammenhang geplant?

10. Welche Kriterien im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Hochbauprojekten der Bezirke“ sollen im Rahmen der Organisationsuntersuchung geprüft und ggf. durch die Ämter erfüllt werden? Wird der Qualifizierungsaufwand ermittelt?

11. Wird im Rahmen der Organisationsuntersuchung eine Reform der Besoldungsstruktur der Beschäftigten in den Ämtern vorbereitet?

12. Wie will der Senat erreichen, dass in den Bezirksämtern die offenen Stellen in den für Hochbau zuständigen Ämtern baldmöglichst besetzt werden?

13. Welche Strategie fährt das Land Berlin, um mehr Studienplätze in technischen Studiengängen, die Voraussetzung für die Tätigkeit in einem Hochbauamt sind, zu schaffen?

14. Welche Anreize bietet das Land Berlin, um mehr Absolventen technischer Studiengänge für die Tätigkeit in einem Hochbauamt zu gewinnen? (Stipendien/Werkwohnungen/BVG-Jahreskarten etc.)

Zu 5. bis 14.: Soweit sich im Rahmen der Organisationsuntersuchung die in den Fragen angesprochenen Themen als für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Serviceeinheiten relevant herausstellen, werden diese im Rahmen des vom Abgeordnetenhaus beschriebenen Maßnahmenplans Berücksichtigung finden.

Berlin, den 21.06.2018

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen